

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort

Anfrage der Abgeordneten Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens und Martin Bäumer (CDU), eingegangen am 20.03.2014

Unrühmlicher erster Platz beim Stromverbrauch - Was tut die Landesregierung?

Das Internetportal Preisvergleich.de hat in einer Studie folgendes Ergebnis ermittelt:

„Auf der Länderebene sind nicht, wie etwa beim Pro-Kopf-Verbrauch der Städte, die bayrischen, sondern die Städte von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (2 137 kWh) als größte Stromverschwender analysiert worden. Demnach hatten die Niedersachsen mit durchschnittlich 2 145 kWh pro Kopf im Jahr 2013 den höchsten Verbrauch. Das sind fast 680 kWh mehr als die sparsamen Bewohner von Mecklenburg-Vorpommern. Das bedeutet: Immerhin rund 135 Euro mehr geben die Niedersachsen so durchschnittlich für Strom im Jahr aus.

Jedoch: Den größten Stromverbrauchsanstieg verzeichnete preisvergleich.de in Nordrhein-Westfalen mit durchschnittlich 256 kWh. Dies bedeutet immerhin rund 50 Euro Mehrkosten für die Endverbraucher. Besonders sparsam ist man auf Bundesländerebene auch wieder nur im Osten: Mecklenburg-Vorpommern (1 466 kWh), Thüringen (1 489 kWh) und Sachsen-Anhalt (1 556 kWh) führen hier die Liste an.“

Ein möglicher Zusammenhang mit dem verfügbaren Einkommen lässt sich nicht eindeutig nachweisen, wie folgendes Zitat aus der Studie zeigt:

„Ob die Einkommensverhältnisse einen Einfluss auf den Stromverbrauch haben, ist nicht eindeutig zu beantworten. Zwar liegt in der Gruppe der Stromverschwender-Städte das Einkommen etwas höher als in der Gruppe der Stromsparer. Allerdings haben die Einwohner in den Stromverschwender-Städten mit 22 500 Euro brutto pro Jahr nur wenig mehr zu Verfügung als der Schnitt der Stromsparer-Städte mit ‚nur‘ 21 200 Euro. Gleichzeitig gehören einige der Städte mit den höchsten Einkommen, wie Hamburg (28 819 Euro), München (32 243 Euro) und Stuttgart (26 176 Euro) zur Gruppe der Normalverbraucher. Jedoch findet sich Ingolstadt mit einem Einkommensdurchschnitt von 26 237 Euro, wie auch Freiburg im Breisgau, Ulm oder Worms, sogar unter den Stromsparern. Ein höheres Einkommen führt also nicht grundsätzlich zu höherem Stromverbrauch.“

Allerdings zeigt die Studie auch, dass die ärmsten Städte ausnahmslos zu den Stromsparern gehören.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erklärung hat die Landesregierung für den überdurchschnittlich hohen Stromverbrauch in den niedersächsischen Städten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt?
2. Sind die Ergebnisse der Studie auch auf den Stromverbrauch in den ländlichen Räumen Niedersachsens übertragbar?
3. Plant die Landesregierung Maßnahmen, um den Pro-Kopf-Stromverbrauch in den niedersächsischen Haushalten zu senken? Wenn ja, welche?

(An die Staatskanzlei übersandt am 25.03.2014 - II/725 - 665)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- Ref17-01425/17/7/11-0024 -

Hannover, den 30.04.2014

Empirische Studien können wertvolle Erkenntnisse über die Lebenswirklichkeit liefern und sind damit nicht nur für politische Entscheidungen eine zentrale Stütze. Die Ergebnisse dieser Studien sind jedoch nur dann valide und für Schlussfolgerungen geeignet, wenn bestimmte methodische Anforderungen erfüllt sind, mit denen u. a. Verzerrungen und Scheinkorrelationen vermieden werden. Diesen Anforderungen wird die im Rahmen der Kleinen Anfrage zitierte Studie nicht gerecht. Insbesondere ist eine repräsentative Auswahl der berücksichtigten Stromverträge nicht erkennbar. Es werden vielmehr nur die Stromverträge berücksichtigt, die über das Portal „preisvergleich.de“ angebahnt wurden. Stromverträge, die über andere Portale oder gänzlich andere Vertriebswege wie z. B. den telefonischen Kontakt angebahnt wurden, fehlen dagegen in der Datenbasis. Die Datenbasis enthält somit strukturelle Verzerrungen, sodass valide Schlussfolgerungen nicht möglich sind.

Darüber hinaus erfolgt der Abschluss von Stromverträgen im Allgemeinen auf Basis von eigenständigen Verbrauchsprognosen durch die Stromkunden. Selbst wenn die Studie methodisch solide wäre, könnten also lediglich Schlussfolgerungen über die Verbrauchsprognosen erfolgen. Schlussfolgerungen über den tatsächlichen Stromverbrauch sind dagegen nicht möglich.

Der Landesregierung sind keine auf die individuelle Haushaltsebene geschlüsselten Stromverbrauchsdaten bekannt. Der Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2013 nach vorläufigen Angaben der AG Energiebilanzen e. V. in Deutschland 599,8 Mrd. kWh. Im Vergleich zum Jahr 2012 nahm der Stromverbrauch um 1,1 % ab und erreichte damit das niedrigste Niveau seit dem Jahr 2000. Der Stromverbrauch der privaten Haushalte im Jahr 2013 betrug 138,4 Mrd. kWh und lag damit 1 % über dem Verbrauch im Jahr zuvor. Dieser Zuwachs ist vor allem auf die im Vergleich zum Vorjahr lang anhaltende kalte Witterung in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen. Zahlen für den Stromverbrauch in Niedersachsen für das Jahr 2013 liegen noch nicht vor. Im Jahr 2012 betrug der Gesamtstromverbrauch in Niedersachsen 47,3 Mrd. kWh. Angaben für den Stromverbrauch der Privathaushalte in Niedersachsen liegen nur für das Jahr 2010 vor. Die niedersächsische Energiebilanz des Landesamts für Statistik und Kommunikationstechnologie weist für das Jahr 2010 einen Stromverbrauch der Privathaushalte in Höhe von 12,4 Mrd. kWh aus. Der Gesamtstromverbrauch in Niedersachsen betrug 2010 49,9 Mrd. kWh.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Wie oben ausgeführt basiert die Studie auf Verbrauchsprognosen einer nicht repräsentativ ausgewählten Gruppe von Stromkunden und nicht auf tatsächlichen Verbrauchswerten. Schlussfolgerungen über mögliche Unterschiede des tatsächlichen Stromverbrauchs sind daher nicht möglich.

Zu 2:

Die Frage zielt ebenfalls auf den tatsächlichen Stromverbrauch ab. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 3:

Die klimafreundlichste und effizienteste Energie ist die Energie, die nicht verbraucht wird und folglich nicht erzeugt werden muss. Die Steigerung der Energieeffizienz ist daher ein zentrales Anliegen der Landesregierung und wird mit zahlreichen Maßnahmen - nicht nur im Stromsektor - unterstützt. Auch die neu gegründete Klima- und Energieagentur Niedersachsen wird in diesem Zusammenhang wichtige Aufgaben wahrnehmen.

Stefan Wenzel